



Beschlussempfehlung

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration

Ausbildungsabbrüche in Sachsen-Anhalt reduzieren

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/383**

Berichterstatlerin: Abgeordnete Frau Dagmar Zoschke

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag unter Mitwirkung der Ausschüsse für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sowie für Bildung und Kultur, den genannten Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Berufliche Ausbildung attraktiv gestalten

Der Landtag stellt fest, dass nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ca. ein Drittel aller Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst werden. Die Gründe sind vielfältig, u. a. falsche Berufswahl, geringes Ausbildungsentgelt, Betriebsklima, Arbeitsbedingungen oder auch Entfernungen zwischen Wohnort und Ausbildungsbetrieb und Berufsschule. Es besteht daher Handlungsbedarf.

Die Landesregierung wird gebeten,

1. die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu steigern und sich auf Bundesebene für eine schnellstmögliche Einführung einer gesetzlichen Mindestausbildungvergütung und die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes einzusetzen sowie auf Landesebene rasch ein Azubi-Ticket einzuführen.
2. sich ebenfalls auf Bundesebene für die Modernisierung der beruflichen Bildung, Ausbildungsordnungen und Berufsbilder stark zu machen. Dazu gehören eine Ausstattungsoffensive der Berufsschulen vor dem Hintergrund der Digitalisierung und die Stärkung der digitalen Kompetenzen.

3. Berufsorientierung an allen Schulen des Landes weiterhin frühzeitig anzubieten und dabei insbesondere zu sensibilisieren für eine Berufswahl abseits von Geschlechterstereotypen. Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit sind darüber hinaus verstärkt Angebote zur Berufsorientierung für Studienabbrecher zu entwickeln.
4. die positiven Erfahrungen aus dem Landesprogramm „Zukunftschance assistierte Ausbildung - ZaA“ in die Weiterentwicklung des Programms der assistierten Ausbildung auf Bundesebene einzubringen, um einerseits leistungsschwächeren Auszubildenden und andererseits Auszubildenden in geschlechteruntypischen Berufen zukünftig noch bessere Unterstützung beim Erwerb eines Berufsabschlusses geben zu können.
5. die Qualität der Ausbildung in den Betrieben stärker in den Blick zu nehmen und auf Arbeitgeberseite und bei den Sozialpartnern für ein gutes Ausbildungsklima zu werben. Verstöße gegen die Handwerksordnung, das Jugendarbeitsschutzgesetz und das Berufsbildungsgesetz sind konsequent durch die zuständigen Stellen zu ahnden.“

Abstimmungsergebnis: 8 : 3 : 0

Ulrich Siegmund
Ausschussvorsitzender